



Antrag Nr. 15/42

öffentlich

Datum: 01.12.2021
Antragsteller: AfD

Finanz- und Wirtschaftsausschuss	09.12.2021	empfehlender Beschluss
Landschaftsausschuss	14.12.2021	empfehlender Beschluss
Landschaftsversammlung	17.12.2021	Beschluss

Tagesordnungspunkt:

**Antrag zum Haushalt, Produktbereich 16
 Begrenzung der Landschaftsumlage auf 15,1 %**

Beschlussvorschlag:

Die mittelfristige Finanzplanung in den Jahren 2022 bis 2026 wird auf eine jährliche Landschaftsumlage in Höhe von 15,1 % begrenzt.

Begründung:

In der Mehrjahresfinanzplanung kennt der Umlagesatz nur eine Richtung: Nach oben. Dies führt zu einer sehr ungesunden Entwicklung. Gerade in den Zeiten knapper Kassen in den Kommunen ist es nicht vertretbar, diese in den nächsten Jahren so zu belasten, wie es geplant ist. Jährliche Steigerungen der Umlage von über 100 Millionen € sind den Kommunen nicht länger zumutbar. Im Kreis Mettmann macht die Landschaftsumlage über 50 % der Kreisumlage aus. Diesen Wert mag jeder für sich auf seinen Wohnort anpassen.

Echte Haushaltskonsolidierung muss das Ziel haben, unsere Finanziers, nämlich die Städte und Gemeinden finanziell nur soweit in Anspruch zu nehmen, wie es zwingend erforderlich ist. Wir sind der festen Überzeugung, dass ein Umlagesatz von 15,1 % in den nächsten Jahren jedenfalls auskömmlich ist, um die notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Dieser Wert entspricht dem jetzt geplanten Haushaltsansatz abzüglich dem von der AfD beantragten globalen Minderaufwand. Dies würde auch den Kommunen eine zumindest mittelfristige Planungssicherheit verschaffen.

Gruppe PIRATEN

Sehr geehrter Herr Landrat Hendele,
Sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung,
sehr geehrte Pressevertreter,
sehr geehrte Damen und Herren im Saal
und sehr geehrte Damen und Herren im Stream!

"Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben", diesen Worten von Albert Einstein schließe ich mich gerne an. Die Zukunft ist hier.

Das ist das erste Mal, dass die Zuschauer die Gelegenheit haben, die Haushaltsreden online verfolgen zu können. Im übrigen, basierend auf einem PIRATEN Antrag.

Wir freuen uns über diesen Schritt, aber auch über die vielen anderen Anstrengungen, die der Kreis bei der Digitalisierung unternommen hat.

Wir wünschen uns in den nächsten beiden Haushaltsjahren mehr Investitionen in digitale Innovationen.

Unser Ziel ist es, hierdurch entsprechende Effizienzsteigerungen erreichen zu können.

Ferner wollen wir, dass mehr Dienstleistungen des Kreises bequem von zu Hause erledigt werden können.

Wir Piraten schlagen daher der Kreisverwaltung drei Maßnahmen vor, um den digitalen Wandel zu gestalten:

... die bisherigen Digitalisierungsexpertisen des Kreises sollen stärker gebündelt werden

... Flexible Office Konzepte müssen ausgeweitet werden
sowie

... Kreative Wege der Mitarbeiterakquise begangen werden.

Wir wollen die bisherigen Digitalisierungsexpertisen bündeln, um effektiver Prozesse digitalisieren zu können.

Alle relevanten Bereiche für IT und Digitalisierung, insbesondere auch die IT Steuerung sollten in einem Amt konsolidiert werden.

Wir müssen mehr Prozesse digitalisieren. Nicht nur weil wir zukünftig die anstehenden Arbeiten wegen des Fachkräftemangels mit weniger Mitarbeitern erledigen müssen.

Sondern auch, damit mehr Arbeiten im Home Office erledigt werden können.

Dadurch hoffen wir nicht nur die offenen Stellen des Kreises besetzen zu können, sondern auch weniger Büroarbeitsflächen vorhalten zu müssen.

Da wir weniger Gebäude unterhalten müssen, erwarten wir dadurch Einsparungen, die auch den Städten durch eine niedrigere Kreisumlage zugute kommt.

Im ersten Schritt muss der Kreis aber für die notwendigen Maßnahmen mehr in Digitalisierung investieren und dafür Haushaltsmittel bereitstellen.

Es gäbe sicher noch viel zu den genannten Themen auszuführen, aber in Anbetracht der derzeitigen Pandemie möchte ich mich heute kurz fassen. Wir sind überein gekommen, dass wir PIRATEN diesem Haushalt zustimmen werden.

Ausdrücklich möchte ich mich herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreistagsbüros und des Kreisgesundheitsamtes bedanken, sowie dem scheidenden Kreisdirektor Herrn Richter und der Kämmerei.

Ich wünsche Ihnen allen eine fröhliche Weihnachtszeit! Bleiben Sie gesund!

Thomas Küppers

Haushaltspolitische Positionen der SPD-Kreistagsfraktion zum Doppelhaushalt 2022/2023

Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Mettmann – Manfred Schulte

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Kreisdirektor,
sehr geehrte Damen und Herren,

die SPD-Fraktion wird heute dem von Ihnen, Herr Kreisdirektor und Kämmerer Herr Richter vorgelegten Haushaltsentwurf zustimmen. Alles andere wäre nicht nur überraschend, sondern angesichts unseres Abstimmungsverhaltens in den Fachausschüssen und dem Kreisausschuss nahezu unseriös.

Es ist, wenn Sie sich die Beratungen und Entscheidungen auch der Vorjahre ansehen, ohnehin immer die Linie der SPD gewesen, den Gesamthaushalt, aber auch einzelne Haushaltsanträge anderer Parteien, nicht etwa deswegen abzulehnen, weil sie nicht von der SPD, sondern von anderen in diesem Kreistag eingebracht wurden. Und auch wenn mal der ein oder andere Antrag der SPD keine Mehrheit gefunden hat, war dies für uns noch lange kein Grund, den Haushalt als Ganzes abzulehnen.

Schauen wir uns die diesjährigen Beratungen an, so stellen wir fest, dass der heute zur Abstimmung kommende Haushalt in den Fachausschüssen und auch im Kreisausschuss nahezu einstimmig beschlossen wurde. Die Anträge der Fraktionen betrafen häufig genug nur Prüfaufträge oder Anfragen und dort, wo es einmal echte Haushaltsanträge gab – ich erinnere hier an die Anträge zur Verbuchung der coronabedingten Mehraufwendungen und Mindererträge für das Jahr 2023 oder auch den Umgang mit dem Jahresabschluss 2020 – und sich hieraus entsprechende Haushaltsverbesserungen für die kreisangehörigen Städte ergaben, mag der Antrag formell von der Jamaika-Kooperation eingebracht sein, er hätte aber ebenso von jedem anderen in diesem Kreistag oder auch von der Verwaltung selbst gestellt werden können.

Kurz gesagt: wie stimmen heute dem Haushalt der Verwaltung zu und nicht etwa einem Haushalt, der nun deutlich die Handschrift der neuen Mehrheit in diesem Haushalt tragen würde – denn die gibt es bei Lichte gesehen nicht.

Dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokreten dem Haushalt heute zustimmen, heißt jedoch nicht, dass wir mit allem und jedem in diesem Haushalt und dessen absehbaren Vollzug rückhaltlos einverstanden wären. Wir haben es uns jedoch allein aus coronabedingten Gründen erspart, den Abstimmungsvorgang durch Haushaltsanträge zu verzögern, die bereits im laufenden Jahr gestellt worden waren und keine Mehrheit gefunden haben.

Dass wir dies so getan haben, ändert aber nichts daran, dass diese Themen weiter jedenfalls auf unserer Agenda bleiben und wir uns selbstverständlich vorbehalten, diese bei sich bietender Gelegenheit wieder neu zu definieren und in den Kreistag einzubringen.

Wir haben uns interfraktionell darauf geeinigt, nur die wichtigsten Themen zu definieren und heute keine ausführlichen Haushaltsreden zu halten. Ich beschränke mich daher auf folgende drei Punkte:

1. Wie auch in den Vorjahren hat die Verwaltung wiederum einen Personalkostendeckel erarbeitet, der die mehrheitliche Zustimmung der bürgerlichen Parteien der Jamaika-Kooperation, der UWG und der AfD gefunden hat.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten weiterhin dagegen. Unseres Erachtens ist der Personaldeckel für eine verantwortungsvolle und zukunftsweisende Personalpolitik nicht nur ungeeignet und kontraproduktiv, sondern schlicht unnütz.

Wir haben einmal die Planwerte und die Rechnungsergebnisse der Personaletats seit 2016 analysiert. Wenn man einmal genau hinschaut, so ist das Ergebnis eindeutig: Die von der Mehrheit des Hauses hier behaupteten Erfolge, sprich: die angeblichen Personalkosteneinsparungen, sind gerade nicht auf den Personalkostendeckel zurückzuführen, sondern haben im Einzelfall ganz andere Ursachen. So sind beispielsweise die Erträge im Personaletat im Haushaltsvollzug stets höher gewesen als von der Verwaltung geplant, wobei dies nicht etwa auf einer bewusst zu niedrigen und falschen Planung dieser Erträge beruht, sondern in jedem Einzelfall durch unterjährige gesetzliche Veränderungen auf Landes- und Bundesebene. Anders gewendet: die Mehrheit des Hauses, vor allem CDU und F.D.P., schmücken sich hier mit fremden Federn.

So ist z. B. im Jahr 2017 eine Personalkostenerstattung in Höhe von 12,4 Mio. € geplant gewesen, tatsächlich erzielt wurden 18,5 Mio. €, somit also 6,1 Mio. mehr als geplant, im Jahr 2018 waren 12,9 Mio. geplant, erstattet wurden immerhin noch 17,4 Mio. €, also wiederum 4,5 Mio. € mehr als geplant.

Es kommen weitere Effekte hinzu, die alljährlich eintreten: das sind die Kosteneffekte aus der auf sechs Wochen begrenzten Entgeltfortzahlung bei Dauerkranken und die verspätete Besetzung von Stellen, sei es infolge der Tatsache, dass die Bezirksregierung für die Genehmigung des Haushalts alljährlich unfassbar und skandalös lange 6 Monate benötigt oder sei es schlicht aufgrund der Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Wenn man schon sieht, dass die öffentlichen Aufgaben, die der Kreis zu erledigen hat, nicht nur durch immer neue Gesetze immer weiter quantitativ zunehmen, sondern auch rein fachlich an Komplexität zunehmen, und wenn man schon weiß, dass man als Kreis mit dem, was man an Besoldung anzubieten hat, weder mit den umliegenden kreisfreien Städten noch gar mit der freien Wirtschaft mithalten kann, dann ist es schlicht das falsche Signal, immer wieder einen Placebo-Kostendeckel zu beschließen, dessen einziger Effekt ist, das ggf. geeignete Fachpersonal auch noch durch das Versprechen der Mangelwirtschaft von einer Bewerbung auf eine Stelle beim Kreis Mettmann abzuschrecken.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wünschen uns dagegen schlicht eine konsistente, nämlich an den konkreten Aufgaben ausgerichtete Personalplanung. Dann braucht man auch keinen Personalkostendeckel. Wenn das Personalamt dazu nicht in der Lage ist, muss eben extern Hilfe bezogen werden.

2. Der Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens ist jahrelang von der Politik vernachlässigt worden. Vielen galt es als zu teuer und überflüssig – und auch die Ärzteschaft machte um die immer wieder von den Gesundheitsämtern ausgeschriebenen Stellen einen weiten Bogen. Auch dies hat nicht zuletzt mit den besoldungsrechtlichen Möglichkeiten der öffentlichen Hand zu tun. Das Problem hat nicht nur der Kreis Mettmann, aber der eben auch – vielleicht noch in einem höheren Maße als andere.

In den Gesundheitsämtern fehlten und fehlen aber möglicherweise nicht nur Ärzte, sondern auch andere Fach- und Verwaltungskräfte. Möglicherweise fehlt es auch an der Ausstattung im Sachmittelbereich, insbesondere an IT-Infrastruktur. Ob und in welchem Umfang dies der Fall ist, weiß in diesem Hause keiner.

Die Corona-Pandemie hat jedenfalls zumindest aufgezeigt, dass hier ein erheblicher Bedarf bestehen könnte. Die negative – und aus unserer Sicht schlecht recherchierte und ungerechte – Presseberichterstattung über die Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat uns jedenfalls weh getan. Und sicher auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern selbst. Da sich die Presseberichterstattung auch noch auf einen angeblichen Whistleblower beruft, hat sie das Zeug dazu, internes Misstrauen auszulösen und darüber hinaus auch das Amt als Ganzes in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen.

Die Reaktionen aus manchen Städten, die wider besseres Wissen etwaige Probleme in der Abwicklung des Impfprozesses dem Kreis anlasteten, haben mit Sicherheit nicht zur Bewältigung der Krise beigetragen.

In dieser Situation haben wir in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 1.3.2021 vorgeschlagen, ein externes Organisationsgutachten zum Zustand des Gesundheitsamtes einzuholen. Sie Herr Landrat haben dies abgelehnt und sich auf Ihre Organisationshoheit berufen, die Ihnen im Übrigen niemand von uns streitig machen würde und wollte. Sie haben sich hierfür eine Mehrheit im Kreisgesundheitsausschuss geholt. Sie haben damit aber auch die Chance vertan, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die notwendige Rückendeckung gegenüber den öffentlichen Angriffen zu geben. Denn was hätte passieren können:

Alternative 1: der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, das Kreisgesundheitsamt ist nicht nur allgemein, sondern auch für die Pandemie personell und sachlich gut aufgestellt. Dann wären etwaige Fehler jedenfalls nicht auf die Organisation zurückzuführen. Dann könnte man jedenfalls die Fehleranalyse eingrenzen.

Alternative 2: der Gutachter kommt zu dem Ergebnis, dass keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen. Dann hätte der Kreistag eine Planungsgrundlage für die Zukunft. Es wäre außerdem nicht auszuschließen, dass sich aus dem Gutachten gute Argumente für eine bessere Ausstattung des Gesundheitsamtes ergeben und hierfür Bund und Land mit in die Verantwortung gezogen werden müssen.

Was auch immer der Gutachter herausfindet: wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die derzeitige Pandemie noch lange nicht vorbei ist und auch nicht die letzte sein wird. Angesichts der überragenden Bedeutung der öffentlichen Gesundheit können wir uns den Luxus des Beharrens auf Hoheitsrechten jedenfalls nicht leisten.

3. Der SPD liegen die Seniorenbegegnungsstätten in besonderer Weise am Herzen. Jahrelang gab es hier im Kreistag jedenfalls eine informelle Übereinkunft zwischen SPD und CDU, diese finanziell zu fördern und so auch, wo notwendig, eine konzeptionelle Neuausrichtung zu fördern.

Diese Übereinkunft scheint offensichtlich nicht mehr zu bestehen. Jedenfalls ist es ein Novum, dass in diesem Kreistag das in großen Teilen auch das ehrenamtliche Engagement, mit dem die Helferinnen und Helfer in den Zeiten der pandemiebedingten Lockdowns den Kontakt zu den von Vereinsamung bedrohten Menschen gehalten haben, als schlichtes „Kaffeetrinken“ herabgewürdigt wurde.

Wir erkennen sehr wohl an, dass der Kreis die zuvor bewilligten Zuschüsse ohne Einschränkungen unbürokratisch weiter ausbezahlt hat. Wir sind jedoch gerade auch nach unserem letzten Treffen mit der LIGA der Wohlfahrtsverbände – diese besteht übrigens nicht nur aus der AWO, die historisch aus der SPD hervorgegangen ist, aber diese ist natürlich in dieser vertreten – der festen Überzeugung, dass die Arbeit der Seniorenbegegnungsstätten noch stärker finanziell gefördert werden muss, um die konzeptionelle Ausrichtung an die Herausforderungen, die sich aus der demografischen Entwicklung im Kreis Mettmann ergeben, anzupassen.

Wir haben unseren Antrag für die heutige Tagesordnung gleichwohl zurückgezogen. Nach der Abstimmung im Sozialausschuss sehen wir heute keine Notwendigkeit, diesen nochmals durch die Mehrheit des Hauses niederstimmen zu lassen. Allerdings kündigen wir schon jetzt an, das Thema im neuen Jahr wieder auf die Tagesordnung zu bringen, spätestens im Rahmen der Beratungen über einen Nachtragshaushalt.

Wir beschließen heute einen Doppelhaushalt. Die SPD hat sich noch einmal, aber auch zum letzten Mal, aus rein praktischen Gründen dazu bereiterklärt, für die Jahre 2022/2023 einem Doppelhaushalt zuzustimmen. Doppelhaushalte sollten jedoch aus unserer Sicht nicht zur Regel werden, sondern eine Ausnahme bilden. Der Kreistag ist vielmehr dazu aufgerufen, sich alljährlich mit den politischen Zielen und den gesellschaftspolitischen Bedürfnissen sowie den finanziellen Möglichkeiten zur Erreichung und Erfüllung dieser Vorgaben auseinanderzusetzen.

Wir beschließen heute einen Corona-Haushalt, in dem nicht nur für das Jahr 2022, sondern auch für das Jahr 2023 die coronabedingten Mehraufwendungen und Mindererträge bilanziell isoliert werden. Dies geschieht auch auf den ausdrücklichen Wunsch der kreisangehörigen Städte, um die Kreisumlage weiter zu senken bzw. niedrig zu halten. Wir entscheiden heute nicht darüber, wie im Jahr 2025 mit den bis dahin aufgelaufenen Buchungspositionen umzugehen ist.

Für die SPD-Fraktion will ich aber schon jetzt festhalten, dass uns nicht nur der Erhalt des bilanziellen Eigenkapitals als Buchwert wichtig ist, sondern auch der Wirtschaftsgüter, die durch das Eigenkapital verkörpert werden. Das sind z. B. die Radwege und Kreisstraßen, die nicht überall in einem akzeptablen Zustand sind, oder unsere kreiseigenen Gebäude. Wir haben in diesem Jahr auf haushaltswirksame Anträge in diesem Bereich verzichtet und wollen erst einmal die weitere Entwicklung der kommunalen Finanzen allgemein abwarten. Unseres Erachtens ist es nicht nur die Aufgabe der neuen Bundesregierung, sondern demnächst auch der neuen Landesregierung, sich Gedanken über die kommunalen Finanzen allgemein zu machen. Viele, wenn auch nicht alle, Kommunen werden mit der Bewältigung der Corona-Krise überfordert sein, denn die hieraus resultierenden Schulden – nichts anderes sind die Buchungspositionen aus den Bilanzhilfen – kommen ja zu den Altschulden hinzu.

Deswegen fordern wir schon jetzt – im Vorgriff auf die für 2025 anstehenden Entscheidungen – Sie, sehr geehrter Herr Landrat, dazu auf, in Ihrer Partei für den fälligen Altschuldentilgungsfonds zu werben, in den auch die Mittel aus den Bilanzierungshilfen mit aufzunehmen sind.

Gez. Manfred Schulte

Langenfeld den 12.12.2021



**Rede
zum
Doppelhaushalt 2022/2023
des Kreises Mettmann**

Sitzung des Kreistages
am Montag, dem 13. Dezember 2021

Fraktionsvorsitzende Brigitte Hagling

Interfraktionell haben sich die Fraktionen darauf geeinigt, mündlich eine Kurzform der Haushaltsrede vorzutragen.

Die UWG-ME belässt es bei der Kurzform und verzichtet auf weitere schriftliche Ausführungen

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Kreisdirektor Richter,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
hochgeschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren,

seit fast zwei Jahren plagt uns nun schon die Corona-Pandemie und niemand weiß, wie lange dieser Zustand noch andauert.

Nichts ist normal in dieser Zeit. Das Gesundheitsamt und die Verwaltung arbeiten am Limit. Auch unsere Zeit für die Haushaltsreden wurde pandemiebedingt eingeschränkt.

Trotzdem möchte ich zunächst der Kämmerei - an der Spitze Herrn Kreisdirektor und Kreiskämmerer Martin M. Richter und dem Kämmereileiter Christian Schölzel - für einen Haushaltsplanentwurf 2022/2023, der gut lesbar und transparent ist, danken.

Die ausführlichen Erläuterungen haben uns die Arbeit wesentlich erleichtert. Unser Dank gilt in gleicher Weise allen weiteren Bediensteten für ihr Engagement im vergangenen Jahr.

Die eingesetzte Finanzstrukturkommission hat wieder einmal gute Arbeit geleistet.

Augenscheinlich ist, dass die Verwaltung bei den Planungen zum Doppelhaushalt das Ziel verfolgt hat, die Kommunen sichtlich zu entlasten. In diesen schweren Zeiten muss unser Wirken von Solidarität gezeichnet sein.

Der Kreis plant, die Corona-Bilanzierungshilfe als ergebniswirksame Belastungen zwischen 2025 und 2029 abzuschreiben. Dieser Zeitraum ist generationengerecht und wäre auch für die kreisangehörigen Städte überschaubar. Die UWG-ME begrüßt diesen Ansatz.

Der Haushalt konnte von uns nachvollzogen werden und schien – bis auf die Personalkosten – schlüssig und auf ein Minimum zusammengedampft.

Zum ersten Mal hatte die Verwaltung sogar einen 0,5 %-igen Globalen Minderaufwand eingesetzt.

Die UWG-ME beantragte zur weiteren Entlastung der Kreisstädte, dass von der gesetzlichen Möglichkeit, einen 1 %-igen globalen Minderaufwand einzusetzen, Gebrauch gemacht werden soll.

Leider scheiterte unser Antrag.

Nachdem die Hilferufe unserer Städte bei der Politik und der Verwaltung angekommen sind, haben wir in der letzten Woche mit großer Übereinstimmung und parteiübergreifend durch nochmalige mutige Kürzungen in verschiedenen Budgets für das Jahr 2022 rd. 4,4 Mio. € und für das Jahr 2023 weitere 5,3 Mio. € zur Entlastung der kreisangehörigen Städte eingespart. So konnte der Kreisumlagehebesatz für 2022 um 0,26 %-Punkte auf 28,21 %-Punkte gesenkt werden. Für das Jahr 2023 konnte der ursprüngliche Hebesatz von 33,14 %-Punkte auf 32,72 %-Punkte gesenkt werden.

Diese Reduzierungen werden der angespannten Lage unserer Städte gerecht.

Der größte Aufwandsposten wird in Form der Landschaftsumlage an den Landschaftsverband Rheinland weitergereicht.

Wenn ich dann jedoch erfahre, dass die schwarz/rote Koalition im LVR für den 17.12.2021 einen Beschlussvorschlag einbringt, der besagt, dass die Umlagesätze - nachdem die Gebietskörperschaften ihren Haushalt eingebracht und auf die festgesetzten LVR-Umlagesätze von 15,2 %-Punkten vertraut haben – die Landschaftsumlage nun für 2022 auf 15,4%-Punkte und für 2023 auf 16,65 %-Punkte heraufgesetzt werden sollen, bin ich sprachlos und entsetzt.

Wofür machen wir hier bei den Haushaltbeschlüssen Klimmzüge, wenn das von uns Eingesparte mit einem Federstrich zunichtegemacht wird? Dies ist kein gemeindefreundliches Verhalten. Denn allein für 2022 würde die Erhöhung von 0,2 %-Punkten bei der Landschaftsumlage für den Kreis Mettmann eine Summe von 2.762.675 € ausmachen.

Jetzt kann man nur hoffen, dass die Landschaftsversammlung am 17.12.2021 diesem Antrag zur Erhöhung der Landschaftsumlage nicht zustimmt. Außerdem appelliere ich an die Abgeordneten dieses Kreistages, die in der Landschaftsversammlung vertreten sind:

Überzeugen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen der Kreise und kreisfreien Städte im Landschaftsverband und **STIMMEN SIE DEM ANTRAG DIESER WILLKÜRLICHEN ERHÖHUNG NICHT ZU!**

Was sagte schon Konfuzius: Wer einen Fehler gemacht hat und ihn nicht korrigiert, begeht einen zweiten!

Auch ein Landschaftsverband sollte Rücksicht auf die Städte nehmen und zunächst versuchen, durch Strukturveränderungen seine Ausgaben zu minimieren.

Der Erfolg bietet sich meist denen, die kühn handeln; nicht denen, die alles wägen und nichts wagen wollen.

Es ist mühsam, immer wieder auf die Ungerechtigkeit im Gemeindefinanzierungsgesetz hinzuweisen. Aber steter Tropfen höhlt den Stein. Deshalb gilt unser Dank der Verwaltung, die immer wieder auf die Ungerechtigkeit dieses Systems hinweist.

Das Rücksichtnahmegebot gegenüber den kreisangehörigen Städten wird im Haushaltsplan 2022/2023 eingehalten. Das wird auch daran deutlich, dass jede Verbesserung gegenüber dem Entwurf 1:1 an unsere Kommunen weitergegeben wird und die Kreisumlage in 12 Monatsbeiträgen fällig wird.

Deshalb stimmt die UWG-ME-Fraktion dem Doppelhaushaltsplan 2022/2023 zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Bleiben Sie gesund.



Rede von Waldemar Madeia, Vorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion,
zum Doppelhaus 2022/2023 des Kreises Mettmann.
Sitzung des Kreistages am 13. Dezember 2021

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

die Verabschiedung des Haushaltes ist in allen Parlamenten und kommunalen Vertretungen traditionell das Hochamt der politischen Auseinandersetzung. Trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie möchte ich mindestens in Grundzügen die Ziele und Erwartungen erläutern, die die CDU-Fraktion an diesen Doppelhaushalt stellt.

Vor dem Einstieg möchte ich jedoch dem Kämmerer Herrn Richter, dem Leiter der Kämmerei Herrn Schölzel und seinem Team sowie dem Kreistagsbüro um Herrn Hüsgen und Frau Dey sowie allen Fachbereichen danken. Wir alle wissen, dass die Aufstellung, Beratung und Verabschiedung des Haushaltes das Überstundenkonto regelmäßig überquellen lässt. Hier gebührt Ihnen unser außerordentlicher Dank.

Als freiberuflicher Architekt stehe ich häufiger vor Aufgaben, die mir unerfüllbar erscheinen. Zu teuer, zu wenig Zeit, zu wenig Material, kein Personal, keine Baugenehmigung, realitätsfremde Vergabeordnung usw... Vielfach ein eigentlich hoffnungsloses Unterfangen.

Und dennoch schaffe ich mit meinem Team in der Rückschau betrachtet sehr viel, weil es einen Grundsatz gibt. Der lautet frei nach Kant: "Ich kann, weil ich will, was ich muss".

Warum erzähle ich das? Weil Motivation die wichtigste Triebfeder menschlichen Handelns ist. Und so auch hier im Kreistag. Häufig genug hören wir, dass die Spielräume ohnehin sehr klein sind und dass das Allermeiste Pflichtaufgaben sind, die wir gar nicht beeinflussen können.

Wir hingegen sehen viele Spielräume für die Gestaltung der kommunalen Politik, eigentlich mehr denn je, einzig in der Umsetzung sind offensichtlich natürliche Grenzen gesetzt.

Eine besondere Motivation ist sicherlich auch die Tatsache, dass es sich um den ersten Doppelhaushalt der Kooperation aus CDU/Bündnis90/DIE GRÜNEN/FDP handelt. Und wir können schon jetzt feststellen, dass wir im Kreis Mettmann keine Ampeln brauchen, um den Weg für bürgernahe Politik freizumachen.

Im Vergleich zu den vielen Kreisen und kreisfreien Städten in NRW sind wir nicht nur hinsichtlich der Umlagegrundlagen für die Kreisumlage an der Spitze. Wir können auch mit Fug und Recht behaupten, dass der Kreis Mettmann in vielen Bereichen führend und wegweisend ist, so zum Beispiel was die Förderschullandschaft angeht.

Einige wesentliche Punkte möchte ich im Folgenden beleuchten.



Mobilität:

Wir bauen weiterhin auf eine Verknüpfung aller Verkehrsmittel im Sinne der Multimodalität. Etwas salopp übersetzt: Mit dem Fahrrad zur S-Bahn und mit dem Bus zurück. In diesem Sinne setzen wir uns weiterhin für das Radverkehrskonzept, den Ausbau von Straße und Radweg an der L239, der Westbahn, unserer Kreisstraßen und der A44 ein.

Der Kreis Mettmann ist ein Übergangsbereich zwischen den urbanen Räumen im Westen und Norden und dem ländlichen Raum im Bergischen und Oberbergischen Land. Hier brauchen wir passgenaue Konzepte, die man in Düsseldorf und Essen leider nicht abgucken kann.

Klima:

Dass Emissionen reduziert werden müssen, wird von kaum jemandem bezweifelt. In diesem Sinne ist das Integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept für uns die Richtschnur. Aus unserer Sicht könnten die Projekte ruhig schneller umgesetzt werden. Am Geld und guten Willen liegt es wohl derzeit nicht, sondern an der Tatsache, dass Stellen nicht qualifiziert besetzt werden können. Hier sind Kreativität und nochmals der Glaube an den Kant'schen Grundsatz gefragt.

Landschafts-/Naturschutz:

Ein wesentlicher Wert im Kreis Mettmann ist nicht nur die wirtschaftliche Stärke der Unternehmen, sondern es sind auch die Freiräume, die eine besondere Lebensqualität in der Nähe der Großstädte sichern. Kaum jemand im Kreis Mettmann braucht mehr als 10 Minuten zu Fuß um in Feld oder Wald zu sein. Um den Freiraum auch bei intensiver Nutzung zu schützen, möchten wir Ranger einsetzen, die in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Wald und Holz oder anderen Akteuren der Umweltbildung und Umweltpflege aufklären und lenken. Umweltbildung hat sich zu einem festen Bestandteil der Bildungslandschaft etabliert. Wer seine Umgebung bewusst wahrnimmt und Zusammenhänge kennt, geht mit ihr sorgfältiger um, als diejenigen, die Umwelt nur für eine Kulisse halten.

Bauen:

Die stete Instandhaltung und Weiterentwicklung der Gebäudewirtschaft ist ein wesentlicher Eckpfeiler für das Leistungsangebot des Kreises. Die Liste der Bauprojekte ist schier unendlich und wir hoffen, dass mit der Neubesetzung der Leitungsstelle im Bereich des Hoch- und Tiefbaues neue Ordnung einzieht. Angesichts des eklatanten Personalmangels werden wir vermutlich noch einige Zeit damit leben müssen, dass Prioritäten gesetzt werden. Und das bedeutet, dass wir entscheiden müssen, was liegenbleibt, damit andere noch wichtigere Projekte fertiggestellt werden können. Hier kommt man selbst mit Kant'schen Grundsätzen an



Grenzen und Zielkonflikte. Wir stehen nach wie vor zum Projekt Campus Sandheide, auch wenn die Zügel seitens der Verwaltung nun deutlich angezogen werden müssen, damit uns niemand unterstellen kann, dass wir einen Flughafen bauen wollen.

Schule/Sport:

Ein wesentlicher Bestandteil unserer Schulpolitik drückt sich im Masterplan Schule aus: Erwerb von Schulgebäuden, Erweiterungen, Umbauten, Sanierungen und Modernisierungen. Dem Ausbau von Gebäuden und Schulangeboten fällt in einer Wissensgesellschaft eine zentrale Rolle zu. Wissen ist unsere wichtigste Rohstoffquelle die wir auch im Kreis Mettmann nachhaltig fördern und stärken wollen.

Der Sport als wichtige Netzwerkfunktion in allen Schichten der Gesellschaft hat coronabedingt sehr stark gelitten und wir werden in den kommenden Jahren noch viel Arbeit und Geld investieren müssen um alle Funktionen wieder herzustellen. Das was der Sport für Kinder, Jugendliche und Erwachsene leistet könnten auch unzählige Sozialarbeiter nicht wettmachen.

Ordnung/Verbraucherschutz:

Das größte Projekt in diesem Bereich ist sicherlich das neu errichtete GAZ. Die Feuerwehrleute im Kreis Mettmann können nun realitätsnah üben und schaffen damit mehr Sicherheit für Notfälle. Das neu eingerichtete Amt für Bevölkerungsschutz wird die vielfältigen Aufgaben nochmals fokussieren und mehr Sicherheit für die Bürger schaffen. Wer dachte vor dem 14.07. schon daran, dass Flutereignisse ein Thema für den Kreis Mettmann sein könnten? Es gibt aber auch andere Bereiche, die für die Bürgerinnen und Bürger wichtig sind: z.B. der Ausbau des Rettungswesens und Notarztsystems. Teilweise sind die Fallzahlen um 28 Prozent gestiegen. Um die stabile und konstante Kreismischgebühr beneiden uns viele andere Städte, einzig die Abfallmengen wollen nicht richtig zurückgehen. Hier ist noch Luft für gemeinsame Aktionen des Kreises und der Städte.

Die Sommerflut vom 14.07.2021 hat gezeigt wie wichtig der Bevölkerungsschutz im Kreis Mettmann ist. Funktionierende Krisenpläne und Krisenstäbe sind eine Voraussetzung für das reibungslose Ineinandergreifen von Feuerwehren und Hilfsorganisationen. Mit dem Amt für Bevölkerungsschutz ist die Aufgabe nochmals gestärkt und präzisiert werden. Wir geben dieser Aufgabe deutlich mehr Raum.

Wirtschaftsförderung/Kultur/Tourismus:

Noch vor 10 oder 20 Jahren wurde der Tourismus in Kreis Mettmann mehr belächelt als ernst genommen. Heute ist vor allem der Tagestourismus mit seinen unzähligen Angeboten, wie z.B. dem NeanderlandSteig, dem Panoramamaradweg, den Museen und vielen pittoresken Orten, dominierend.

Angebote wie die NeanderlandQuickies wurden mehrere hundertmal gebucht, was für den Erfolg von Wirtschaftsförderung und Tourismus spricht.



Trotz widriger Umstände konnte in diesem Jahr die Neanderland-Biennale mit großem Erfolg durchgeführt werden. Und wir möchten, dass es eine Biennale bleibt keine Triennale wird. Kultur ist unterhalb eines bestimmten Niveaus nicht verhandelbar. Der Punkt an dem man sich keine Kultur leisten kann, ist prinzipiell gar nicht vorhanden. Wenn Menschen unter widrigsten Umständen leben müssen, so leisten sie sich immer ein Mindestmaß an Kultur. Es stellt sich nicht die Frage, ob man sich Kultur leisten kann, sondern ob man sich leisten kann, ohne oder nur mit einem reduzierten Kulturangebot zu leben.

Die Wirtschaftsförderung liegt im Schnittpunkt vieler Disziplinen und hat eine wesentliche Netzwerkfunktion. Hier wünschen wir uns noch viel mehr Projekte und haben im Haushalt auch einen entsprechenden Ansatz bereitgestellt. So wie sich unser Leben und das Wirtschaftsleben ständig ändert, so müssen auch die Formate und Ansprachen ständig angepasst und weiterentwickelt werden. Hierzu brauchen wir halt ständig neue Projekte und Ideen. Die Arbeit sämtlicher Wirtschaftsförderungen im Kreis sind der Vorhof des wirtschaftlichen Erfolges unserer Unternehmen, auf dessen Wirtschaftskraft wir angewiesen sind, denn deren Erfolg verteilen wir in unserem Haushaltsplan.

Soziales:

Im Sozialbereich hat der Kreis Mettmann überwiegend staatliche Aufgaben zu erfüllen, aber es gibt genügend Felder, in denen unser aktives Handeln, und sei es als freiwillige Aufgabe, gefordert ist.

Die Umsetzung des Gewaltschutzkonzeptes mit der Schaffung von weiteren 6 Notfallplätzen vornehmlich in Wohnungen ist eine gute Nachricht für Frauen aber auch Männer die im häuslichen Bereich Gewalt erleben. Wir sehen die Schaffung dieser Plätze in unmittelbarem Zusammenhang mit der Betreuung der Betroffenen, denn die Notplätze sollen kein Regelaufenthaltort werden.

Das Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus gibt uns einen Handlungsrahmen, in dem wir rassistische Angriffe auf Personen aber auch den Rechtsstaat schon im Keim erkennen und gegensteuern können. Es sollte klar sein, dass wir rassistische und rechtsextremistische Denk- und Handlungsweisen an jeder Stelle ablehnen und uns an die Seite der Betroffenen und des demokratischen Rechtsstaates stellen. Der latent vorhandene Rechtsextremismus versucht unablässig unser Gemeinwesen von innen heraus zu schädigen und am besten aufzulösen. Wir sollten uns, unsere Mitmenschen und unser staatliches Gemeinwesen vor Menschenhassern und Demagogen entschieden schützen.

Seniorenbegegnungsstätten sind eine freiwillige Aufgabe, die aber gar nicht wegzudenken ist. Durch die Zielvereinbarungen mit dem Kreis Mettmann soll die Qualität stetig gehalten, verbessert und an die sich wandelnde, alternde Gesellschaft angepasst werden. In den letzten 20 Monaten der Coronazeit konnten diese Einrichtungen nicht regulär betrieben werden und deswegen zahlt der Kreis Mettmann die Finanzierungshilfen ohne einen Aufgabennachweis aus. Wir hoffen insbesondere für die Senioren, dass der Regelbetriebe wieder schnell aufgenommen



werden kann, denn Vereinsamung ist neben vielen anderen Gesellschaftskrankheiten ein wesentliches Symptom von "modernen" Gesellschaften.

Integration:

Die aus der einmaligen Integrationspauschale im Jahr 2021 finanzierten „Lehr-Asse“ zur Linderung der schlimmsten Ausbildungslücken bei migrantischen Kindern im Primarbereich, sollen auch im Jahr 2022 mit einem Budget von 200.000 Euro, auch zur Unterstützung der städtischen Angebote, weitergeführt werden. Wir hoffen, dass die Schulen trotz Coronapandemie nicht geschlossen werden müssen und zumindest die dadurch bedingten Lerndefizite klein gehalten werden können.

Schulen sind nicht nur Lernorte, sondern vor allem auch Sozialorte. Das gilt umso mehr für junge Menschen, die neu im Land sind und einen Weg in die Gesellschaft suchen.

Gesundheit:

Neuaufstellung des Gesundheitsamtes im Sinne des Gesundheitspaktes

Die Aufgaben des Gesundheitsamtes wurden in der Vor-Coronazeit kaum wahrgenommen. Allenfalls Schuleingangsuntersuchungen und Zahnvorsorge wurde öffentlich gesehen. Jetzt ist klar, dass das Gesundheitsamt Teil des gesamten Bevölkerungsschutzkonzeptes des Kreises Mettmann ist. Wir unterstützen das Team im Gesundheitsamt gerade in diesen schwierigen Tagen, mit ständig wechselnden Regeln, Befugnissen und Gesetzen, ausdrücklich. Nur wer nichts macht der macht auch keine Fehler. In dynamischen Lagen gehören die Anpassung und Priorisierung zum Kern der Handelnden. Zur Zielerreichung mit begrenzten Mitteln ist es nun mal erforderlich zu entscheiden, welcher Vorgang liegen bleibt, damit andere wichtigere Aufgaben erledigt werden können. Das ist der Vorgeschmack auf die allseits drohende Triage in den Krankenhäusern.

Bei der Vielzahl der Aufgaben haben wir immer den Grundsatz vor Augen, dass wir uns in der kommunalen Familie bewegen und die kreisangehörigen Städte so maßvoll wie möglich zu belasten sind. Wir sind nach der Stellungnahme der Städte bzw. eher des Hilferufes nochmals in Klausur gegangen und haben gemeinsam mit der Verwaltung und unseren Kooperationspartnern wesentliche Verbesserungen für die Städte geschaffen bzw. sind teilweise der Kritik sogar gefolgt. Konkret haben wir folgendes beantragt:

- a. Isolierung der Coronakosten für das Jahr 2020 von rd. 4,5 Mio. Euro,
- b. Isolierung der Coronakosten für das Jahr 2022,
- c. Verringerung des Personalkostenansatzes um einen Teilbetrag von rd. 2,0 Mio. Euro, für Stellen, die aktuell nicht besetzt werden können und
- d. die vollständige Verwendung des Jahresüberschusses 2020 von rd. 8,5 Mio. Euro zur Reduzierung der Kreisumlage in 2022.



CDU

KREISTAGSFRAKTION

Wir freuen uns über Kritik zum Haushalt aus den kreisangehörigen Städten, wenn sie konstruktiv ist und mal nicht über die Presse oder die sozialen Medien geführt wird. Der Kreistag des Kreises ist eben kein Parlament und die Verwaltung keine Regierung. Wir alle sind zusammen mit den Räten und Verwaltungen in den Städten Teil der kommunalen Selbstverwaltung und sollten immer miteinander und im Sinne der Menschen im Kreis nie gegeneinander arbeiten.

Die Aufgaben und Herausforderungen die in diesem Haushalt 2022/2023 stecken, sind insbesondere wegen des Umfeldes aus Coronapandemie, steigenden Soziallasten und unsicherer Umlagegrundlagen für das Jahr 2023 und Folgende sehr groß. Es wird beim Kreis Mettmann, aber auch bei den kreisangehörigen Städten an vielen Stellen Einschnitte geben müssen, die insbesondere für die Bürgerschaft unangenehm sein werden. Aber wir werden weiterhin in einem wohlhabenden Land mit einer sozialen Topabsicherung und vielen Chancen leben.

Nicht allein die Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel entscheidet darüber, ob wir ein lebens- und liebenswertes Umfeld haben, sondern vielmehr die Frage, was wir aus den zur Verfügung stehenden Ressourcen machen - frei nach dem Grundsatz von Kant: "Ich kann, weil ich will, was ich muss".



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Kreistag Mettmann

Kreishaus, Düsseldorfer Straße 26
D-40822 Mettmann
Tel 02104-99-2974
Fax 02104-99-5974
gruene.fraktion@kreis-mettmann.de
www.gruene-kreis-mettmann.de

Mettmann, 13.12.2021

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf Doppelhaushalt 2022 / 2023 des Kreises Mettmann

in der Sitzung des Kreistages des Kreises Mettmann am 13. Dezember 2021
Schriftlich formuliert von Sandra Ernst, mündlich wird eine Kurzform vorgetragen auf
Grund der Hygieneschutzmaßnahmen zu Covid-19

Sehr geehrter Herr Landrat Hendele,
sehr geehrte Mitarbeitende der Kreisverwaltung,
geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
sehr geehrte Damen und Herren von der Presse,
werte weitere Anwesende sowie Zuschauende über den Stream!

Es bewegt sich was im Kreis Mettmann! So halte ich diese Rede hier und Sie können dies
von zu Hause aus verfolgen, das macht Kreispolitik ein gutes Stück transparenter und
erfahrbarer. Wir beschreiten den Weg zur Stärkung von Transparenz und Beteiligung für
Bürgerinnen und Bürger! Denn dies gehört zu den Zielen der nun seit einem Jahr
bestehenden Kooperation aus CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN und FDP im Kreistag
Mettmann.

Herzlichen Dank an dieser Stelle an unsere Kooperationspartner CDU und FDP für gute
und sachlich engagierte Zusammenarbeit und der stets von gegenseitiger Wertschätzung
getragenen Gesprächsatmosphäre! So können wir gut und erfolgreich weiter
zusammenarbeiten!

Meine Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN wirkt aktiv in der Kooperation und arbeitet unter
den Bedingungen des Gesundheitsschutzes überwiegend digital: Danke, Fraktion, ihr seid
super!

Für unsere Ideen und Fragen finden wir stets die Möglichkeit eines positiven Dialogs mit
der Verwaltung sowie dem Landrat und dem Kreistagsbüro. Daher meinen herzlichen
Dank an die Mitarbeitenden der Verwaltung und Landrat Hendele!

Mit dieser Einleitung sende ich bewusst positive Signale an die Einwohnerinnen und Einwohner des seit März 2020 krisengebeutelten Kreises Mettmann. Zusammenstehen auf Distanz war das Motto des ersten Lockdowns und es sollte noch immer gelten! Nur durch gemeinsames vernunftgelenktes Handeln werden wir gegen Covid-19 erfolgreich sein! Alle miteinander!

Diese tückische Viruserkrankung überrollt uns in einer vierten, sehr heftigen Welle. 100.000 Tote in der Bundesrepublik sollten doch endlich die Augen öffnen! Es ist kaum zu fassen: immer noch müssen Menschen an dieser Krankheit sterben, obwohl man sich überall impfen lassen kann und genug und kostenloser Impfstoff da ist. Bitte, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger des Kreises Mettmann, übernehmt Verantwortung - für das eigene wie auch für das Leben anderer Personen - und lasst euch impfen!

Es sei denn, und das muss fairer Weise auch gesagt werden, es sprechen individuelle gesundheitliche Gründe dagegen!

Zusätzlich erlebten wir im Juli 2021 in weiten Teilen des Kreises eine Hochwasserkatastrophe von unvergleichlichem Ausmaß. Während Covid-19 inzwischen über 800 Personen im Kreisgebiet das Leben gekostet hat, hat das Hochwasser einen Menschen schwer verletzt und immense Sachschäden angerichtet. Wobei der Begriff „Sachschaden“ bei Verlust des persönlichen Wohnraumes sehr gefühllos und somit im Prinzip unangemessen ist. So ist es leider rund 70 Personen aus Erkrath ergangen, die ihren Wohnraum und ihre Stadt in Folge der Hochwasserschäden am Gebäude verlassen mussten. Vielen Dank an dieser Stelle an die Stadt Langenfeld, die kurzfristig und unbürokratisch Wohnungen zur Verfügung gestellt hat!

Beide Katastrophen richten neben ihren offensichtlichen, großen Schäden auch leise, individuelle, zunächst nicht erkennbare Schäden an. Die Belastungen der Psyche, möglicherweise (Re-)Traumatisierungen, emotionale Instabilität sind in der Gesellschaft insgesamt angestiegen in den letzten Monaten im Vergleich zur Zeit vor März 2020. Wir müssen diese individuellen Probleme wahrnehmen als das, was sie auch sind: Spiegel gesellschaftlicher Entwicklungen.

Denn beide Katastrophen müssen im Kontext gesehen werden unserer gemeinsamen großen Menschheitsaufgabe: unsere Erde für zukünftige Generationen als bewohnbaren Planeten zu erhalten!

Mit dieser Intention wurden auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 2015 die Sustainable Development Goals (SDGs) verabschiedet. Sie beschreiben und definieren die notwendigen Ziele für nachhaltige Entwicklung weltweit und können für jede Region mit ihren örtlichen Besonderheiten angewandt werden.

Wenn wir unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln einen bewohnbaren und lebenswerten Planeten Erde hinterlassen wollen, brauchen wir dieses nachhaltige Handeln! Wir tragen Verantwortung auch für andere Regionen in dieser Welt, die weniger begütert leben wie wir, aber gleichzeitig noch deutlicher gefährdet sind, durch Klimawandel Schaden zu nehmen!

SDGs definieren daher auch für den Kreis Mettmann die Ziele für nachhaltige Entwicklung. Daher werde ich diese SDGs in der Folge als Kapitelüberschriften vortragen. Ohne Zweifel kommen dem Klimaschutz sowie der Klimafolgenanpassung ein besonderer Stellenwert bei den Zielen nachhaltiger Entwicklung zu.

SDG 13 (Ziel für Nachhaltige Entwicklung 13) Maßnahmen zum Klimaschutz

Meine Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN legt seit vielen Jahren auch im Kreis Mettmann einen ganz besonderen Schwerpunkt auf den Klimaschutz. Leider stellen wir fest, dass hier in der Vergangenheit nicht genug passiert ist. Auch Landrat Hendele hat dies in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes festgestellt mit den Worten „Das Tempo bei der Umsetzung unseres Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzeptes muss deutlich erhöht werden“.¹

Wir sehen daher die geplante Aufwertung der Stabsstelle Klimaschutz personell wie inhaltlich als absolut geboten an! Die geplante Umorganisation begrüßen wir außerordentlich und werden diese unterstützen.

Die Umsetzung der 55 Maßnahmen, welche im Integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept beschrieben werden, muss jetzt zügig erfolgen! Wir brauchen hier deutliche Veränderungen, um unsere Zukunftsfähigkeit zu erhalten! Auch in unserer Region!

Der Klimaschutz und mit ihm Natur- und Umweltschutz sind ins öffentliche Bewusstsein gerückt, insbesondere bei jungen Menschen. Wir wollen diese wichtige Perspektive nutzen und entsprechende zusätzliche Angebote schaffen durch den Ausbau der Kapazitäten im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ), sofern die ausbilderischen Kapazitäten dafür vorhanden sein sollten.

Wir schätzen und stärken im Rahmen der Kooperation die Position der ehrenamtlich Aktiven der Naturschutzwacht im Kreis Mettmann durch eine symbolische Anhebung der monatlichen Aufwandsentschädigung; Durchführung von Schulungen und der Anschaffung einheitlicher Westen zur Wiedererkennung.

Außerdem hat die Verwaltung zugesagt in Kürze einen Vorschlag zu erarbeiten, auf welche Weise ein bis zwei Ranger für das Neandertal institutionell angedockt werden können. Ziel dabei ist es, den Besuchern und Besucherinnen des Neandertales Unterstützung bei der angemessenen Art der Nutzung dieser wertvollen Fläche Land zu geben.

SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen

Die Aufgabenwahrnehmung „Gesundheitsamt“ ist über Jahre und Jahrzehnte nicht im Fokus von Öffentlichkeit, Verwaltung und Politik gewesen. Jetzt sehen wir die daraus resultierenden Schwierigkeiten.

Es hat im Verlauf der Covid-19 Pandemie die verschiedensten Kritikpunkte an der Verwaltung bzw. dem Gesundheitsamt und seiner Aufgabenwahrnehmung gegeben: bei der Kontaktnachverfolgung, dem Standort des Impfzentrums, mangelnder Digitalisierung.

Wir haben uns mit dieser Kritik, aber auch den Anregungen aus der Bevölkerung auseinandergesetzt, Informationen weitergeleitet, Nachbesserungen gefordert. Zwei Dinge sind mir hier wichtig zu nennen:

¹Haushaltsrede Landrat Hendele vom 07.10.21, Seite 7, Zeile 36f

Erstens: Lange nicht jede Kritik war auch gerechtfertigt.

Zweitens: Die Mitarbeitenden haben alles in ihrer Macht Stehende getan, alle Anliegen und Themen möglichst zügig und korrekt zu erledigen! Die zeitliche und emotionale Belastung der Mitarbeitenden über inzwischen fast zwei Jahre geht dabei wirklich über jedes akzeptable Maß hinaus!

Klar ist, wir werden uns mit der Struktur und der Personalsituation des Gesundheitsamtes intensiv beschäftigen müssen! Wir werden eine Organisationsuntersuchung im Gesundheitsamt durchführen, sobald dort ein Normalstatus erreicht werden wird. Aktuell ist der Personalkörper wieder hochbelastet.

Unser herzlicher Dank gilt allen Aktiven gegen Covid-19. Sie besitzen unglaubliches Durchhaltevermögen und so viel Menschlichkeit! Wir alle sind Ihnen zu Dank verpflichtet! Und wir alle brauchen Ihren Einsatz gegen das Virus weiterhin.

SDG 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden

Auf unsere Initiative hin ist der Kreis Mettmann in diesem Jahr der LAG21, dem Netzwerk Nachhaltigkeit NRW, beigetreten. Mit unserem aktuellen Antrag zum Haushalt bitten wir die Verwaltung, mit Hilfe einer breit angelegten Auftaktveranstaltung in 2022 Fachkräfte und Öffentlichkeit über nachhaltige Entwicklung zu informieren.

Wir wissen, wir leben im Kreis Mettmann in privilegierter Lage! Unsere 10 Städte sind attraktiv zum Leben, bieten gleichzeitig Naherholung und sind umgeben von mehreren Großstädten. Aber wir stehen auch vor immensen Veränderungen, denen wir uns stellen müssen, um unseren Kreis Mettmann so zu erhalten wie wir ihn kennen! So macht die drohende Klimakrise, aber auch der Stress im Straßenverkehr ein Umdenken im Bereich der Mobilität notwendig:

- **Teilziel Verbesserung der Mobilität/ÖPNV**

Verkehr der Zukunft bedeutet, verstärkt verschiedene Verkehrsmittel zu nutzen und Verkehrsmittel nach Möglichkeit zu teilen statt sie zu besitzen. Wir wollen vorhandene Flächen attraktiver gestalten und insbesondere für den Radverkehr ausbauen.

Für uns ist an dieser Stelle das Radverkehrskonzept des Kreises Mettmann in Zusammenarbeit mit den Kreisangehörigen Kommunen essentiell. Die Auswertung erfolgt aktuell und wird durch uns aufmerksam begleitet und vorangetrieben. Wir wollen hier definitiv noch in dieser Wahlperiode erste Erfolge sehen!

An dieser Stelle sei angemerkt, dass wir durchaus ein Verständnis für die komplexe Gemengelage rund um die Sanierung der L239 zwischen Ratingen und Mettmann haben, dass uns der aktuelle Stand der Planung jedoch nicht wirklich überzeugt. Die Zeit um Infrastruktur für den Radverkehr zu schaffen ist jetzt!

Die Attraktivität von Verkehrsstrukturen der Zukunft hängt zudem eng mit digitalisierten Angeboten zusammen und auch wir sind hier gefragt, die nötige Infrastruktur dafür zu schaffen.

- **Teilziel Ausbau Digitalisierung**

Digitalisierung ist eine wichtige Komponente, um die Kreisverwaltung Mettmann ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltig entwickeln zu können.

Durch den vernünftigen und zielgerichteten Einsatz digitaler Systeme kann Entlastung für Bürgerinnen und Bürger bei Anträgen und Fragestellungen geschaffen werden. Ein Großteil der Arbeit kann von zu Hause aus erledigt werden, in Zukunft werden die Angebote hier erweitert. Diese Möglichkeiten müssen einhergehen mit der Möglichkeit Mobilen Arbeitens der Mitarbeitenden der Kreisverwaltung. Eine entsprechende Anfrage unsererseits wurde aktuell ausführlich und zu unserer Zufriedenheit durch die Kreisverwaltung beantwortet.

Auch wenn wir das Mobile Arbeiten grundsätzlich befürworten, so darf dies nicht zu Lasten derjenigen Bürgerinnen und Bürger gehen, die weiterhin gerne den Weg in das Verwaltungsgebäude wählen, um das direkte und persönliche Gespräch mit der Verwaltung zu suchen!

Wir sind mit der Verwaltung im Gespräch, weitere Verbesserungen in der Bürgerfreundlichkeit zu erreichen. Hier wird ein wesentlicher Baustein sein, in Zukunft auch den Haushalt digital zugänglich zu machen! Erste Gespräche in diese Richtung sind erfolgt, wir erhoffen uns eine erste Umsetzung in 2024!

- **Teilziel Verbesserung Katastrophenschutz**

Ich habe zum Eingang meiner Rede auf die verheerende Situation infolge des Hochwassers für Bürgerinnen und Bürger mehrerer Kommunen des Kreises Mettmanns hingewiesen. Dezernent Hanheide sprach unmittelbar nach den Geschehnissen von einer „Jahrtausendkatastrophe“². Dies ist richtig und falsch zugleich. Wenn wir den Blick zurück richten auf die Zeit vor der Juli-Flut 2021 können wir sagen, dass eine vergleichbare Situation nicht bekannt ist und der Begriff von daher absolut richtig gewählt war.

Allerdings muss der Blick nach vorne, in die nähere und mittlere Zukunft, realisieren, dass die menschengemachten klimatischen Veränderungen die Wiederholungsgefahr eines solchen Ereignisses stark anwachsen lassen! Und dann wäre das, was wir jetzt Jahrtausendkatastrophe nennen, in Zukunft „nur“ noch ein Extremwetter, welches hin und wieder auftritt.

Um solche Szenarien weniger wahrscheinlich werden zu lassen, sind Klimaschutzmaßnahmen jetzt notwendig (s. Kapitel SDG 13 Maßnahmen zum Klimaschutz). Sollte es dennoch erneut zu einer Flutkatastrophe in unserer Region kommen, müssen wir noch besser vorbereitet und geschützt sein! Daher muss die helfende Infrastruktur des Katastrophenschutzes bei Bedarf ein rasches und möglichst effektives Eingreifen ermöglichen.

Aus diesem Grund ist die Aufwertung der Aufgabe Katastrophenschutz zu einem Amt bei der Kreisverwaltung folgerichtig und wird von uns unterstützt. Wir streben auch weiterhin

²Zitat Hanheide in einem Film auf Twitter von Kreis Mettmann am 15.07.21: „Wir konnten auch erkennen, dass unsere Prognosen, welche Auswirkungen Hochwasserlagen im Kreis Mettmann haben, gestern ab absurdum geführt worden sind, weil selbst die Auswirkungen des prognostizierten Jahrtausendhochwassers übertroffen wurden von dem Ausmaß der Überschwemmung in den Städten, die uns da leider heimgesucht haben“.

einen personell wie materiell gut aufgestellten Katastrophenschutz an und wissen die Aufgabe mit der Räumlichkeit Kreisleitstelle professionell ausgestattet.

SDG 4 Hochwertige Bildung

Der Kreis verfügt mit seinen Förderschulen und Berufskollegs über wichtige Stellschrauben zu guter Bildung und der Förderung junger Menschen. Wir begleiten die Weiterentwicklung der einzelnen Schulen seit Jahren und sehen immer wieder Optimierungspotenzial. In diesem Sinne sind auch unsere aktuellen Haushaltsanträge zu verstehen.

Die drei Förderschulen mit dem Schwerpunkt der Förderung der geistigen Entwicklung sind im Vergleich benachteiligt bei der Durchführung der Ferienbetreuung. Dies ist für die Schülerinnen und Schüler ebenso wie für deren Sorgeberechtigte eine belastende Situation. Die Kooperation setzt heute eine finanzielle Unterstützung pro Standort durch, um für Entlastung der Schulleitungen sowie der helfenden Fördervereine zu sorgen.

Um schulische Bildungsbenachteiligungen bei Kindern von Familien mit familiärer Zuwanderungserfahrung auszugleichen, die durch die veränderte Unterrichtssituation unter Covid-19 entstanden sind, haben wir uns in der Kooperation entschieden, Geld in die Hand zu nehmen, um das im Sommer 2021 über das Kreisintegrationszentrum erfolgreich durchgeführte Projekt „Lehr-Asse“ im nächsten Jahr an allen interessierten Grundschulen wieder stattfinden lassen zu können (vgl. auch SDG 10 Weniger Ungleichheiten).

Darüber hinaus wenden wir uns der besonders vulnerablen Berufsgruppe der Pflege zu und sorgen - mit den bescheidenen Mitteln, die uns hier zur Verfügung stehen, denn vorrangig sind hier Land und Bund in der Verantwortung! - für die langfristige Sicherung eines guten Ausbildungsangebotes zur Pflegekraft im Kreisgebiet Mettmann!

Über die Tochter des Kreises, der Bildungsakademie Mettmann, erhalten inzwischen fast 700 Auszubildende in der Pflege jährlich eine Zukunftschance. Leider sind darunter auch immer wieder einige Menschen, die ihre Ausbildung aus privaten Gründen vorzeitig abbrechen. Aus diesem Grund haben wir den Landrat aufgefordert in der Gesellschafterversammlung der Bildungsakademie darauf hinzuwirken, dass diese für die soziale Betreuung der Auszubildenden einen Sozialarbeiter bzw. eine Sozialarbeiterin einstellt, um eine kontinuierliche Ansprechperson der Auszubildenden für ihre Themen anzubieten. Dies in der Hoffnung, dass sich dadurch für einige Auszubildende die Chance auf das erfolgreiche Beenden der Ausbildung vergrößert! Landrat Hendele konnte nun bereits im Kreisausschuss Ende November berichten, dass die Idee positiv aufgegriffen wurde und in 2022 umgesetzt werden soll! Vielen Dank dafür an Herrn Keissner-Hesse!

Der Bereich Pflege zeigt beispielhaft auf, dass wir die Generationengerechtigkeit berücksichtigen. Generationengerechtigkeit ist ein wesentlicher Baustein nachhaltigen Handelns. Es ist uns ein Anliegen gleichermaßen

- gute Versorgungsstrukturen für ältere oder kranke Menschen zu schaffen und zu erhalten, sowie
- gute Arbeitschancen für jüngere Menschen zu gewährleisten.

Letzteres berührt

SDG 8 Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum

Beispielhaft für den Komplex: „Gute Arbeitschancen zu gewährleisten“ steht aus unserer Sicht die Arbeit in den Werkstätten für Behinderte mit ihren Standorten in Langenfeld, Velbert und Ratingen. Auch bei den Werkstätten handelt es sich um eine 100%ige Tochter des Kreises. Dort macht man sich seit über 50 Jahren dafür stark, dass Menschen mit einer Behinderung ein geregeltes Arbeitsleben erleben und gegebenenfalls einen Übergang in den Allgemeinen Arbeitsmarkt wahrnehmen können.

Allerdings entsprechen die baulichen Gegebenheiten am Ratinger Standort Scheifenkamp nicht mehr einem modernen Standard. Wir begleiten und unterstützen hier Prozesse, in denen ein Neubau gefordert wird, um eine langfristige Aufwertung der örtlichen Arbeitssituation zu erreichen.

SDG 10 Weniger Ungleichheiten

Leider sind Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft häufiger von Diskriminierungen betroffen als Menschen ohne Behinderungen. Gleichzeitig werden Menschen auch auf Grund von Hautfarbe, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität, auf Grund von Alter oder Religion / Weltanschauung in vielen Bereichen des Lebens benachteiligt. Dies widerspricht unserem Grundgesetz und der Bundesgesetzgebung. Es ist zudem menschlich unwürdig und verachtenswert!

Ich sage es mit aller Deutlichkeit: die Vielfalt der Menschen ist unsere Stärke! Sie wirkt bereichernd und beglückend. Wir bei Bündnis 90 / Die GRÜNEN streben weiterhin eine Welt ohne Diskriminierung Einzelner oder von Gruppen an!

Dies gilt nicht nur, aber auch für den beruflichen Kontext: denn auch die Wirtschaft profitiert von Diversität bei ihren Mitarbeitenden. Auch die Kreisverwaltung Mettmann hat hier den Auftrag unsere vielfältige Gesellschaft abzubilden.

Wir begrüßen daher ausdrücklich die Einrichtung einer Anlauf- und Beratungsstelle für von Alltagsrassismus betroffenen Menschen im Kreis Mettmann im Sommer 2021 durch gemeinsames Handeln der Freien Wohlfahrtspflege. Wir haben den Prozess der Gründung durch unsere jahrelange politische Begleitung des Themas im Sozialausschuss forcieren können.

SDG 11 Nachhaltige Städte und Gemeinden **Last but not least: Personal und Finanzen**

- **Personal**

Um es vorweg zu nehmen: es ist nicht selbstverständlich, dass einem Stellenplanentwurf der Verwaltung mit einem Aufwuchs von summarisch knapp 70 Stellen in 2022 und 2023 zusammen, durch die Politik so in Gänze zugestimmt wird, wie wir das heute erleben werden.

Und ja, es hat einige Diskussionen und Nachfragen unsererseits zu den diversen Stellenneuschaffungen gegeben.

Aber mal ganz ehrlich, wenn die Jahre 2020 und 2021 in den Verwaltungen landauf, landab eines offenbart haben, dann doch wohl den Mangel, Personalmangel in bestimmten Bereichen der Verwaltung. Und dies leider an genau jenen Stellen in der Verwaltung, die in den Krisen Covid-19 und Hochwasser am meisten benötigt wurden, im Gesundheitsamt und im Katastrophenschutz – mit allem, was da dran hängt! Insofern ist das für uns ganz klar: Wir unterstützen mit unserer Zustimmung die Zukunftssicherung durch eine modernere und sachgerechtere Personalausstattung im Gesundheitsamt, im Katastrophenschutz und anderen Bereichen.

Für das Gesundheitsamt werden die Stellen für mehrere Jahre refinanziert sein! Und die Refinanzierung ist zunächst auch gesichert über eine Landesförderung für die Planungen des Kommunalen Integrationszentrums in Zusammenarbeit mit der Freien Wohlfahrtspflege bei dem Projekt Kommunales Integrationsmanagement.

Der überwiegende Teil der Stellenneuschaffungen ohne Refinanzierung basiert auf rechtlichen Änderungen oder verstärktem Arbeitsaufkommen in den jeweiligen Bereichen. Hier sei beispielhaft die Sachbearbeitung Waffenrecht genannt. Bei einer erhöhten Antragstellung plus zusätzlichen gesetzlichen Anforderungen muss der Personalbedarf angepasst werden, damit die Qualität der Prüfung nicht leidet³. Insofern halten wir die vorgeschlagenen Stellenbedarfe für sachgerecht und passgenau.

Der sorgsame Umgang mit dem Stellenplan insgesamt sowie die fortgesetzte Überprüfung auf sachliche Notwendigkeit einzelner Stellen, müssen auch zukünftig Prämisse des Verwaltungshandelns bleiben.

Stellenplanerweiterungen führen nicht automatisch oder unmittelbar zu mehr Personal. Vielmehr ist davon auszugehen, dass übergangsweise das Delta zwischen Stellenplan und Stellenbesetzung einfach größer wird. Dies zeigt die Erfahrung der letzten Jahre beim Kreis Mettmann ebenso wie in anderen Verwaltungen überall. Insofern ist der Antrag der Kooperation, diese - im Prinzip sehr traurige - Situation zur Entlastung der Haushalte der Kommunen durch Reduzierung des Netto-Personalbudgets zu nutzen, zweckmäßig.

- **Finanzen**

Im Rahmen der Haushaltseinbringung, der Beratungen sowie der Stellungnahmen der Kämmerer der Städte ist sehr deutlich geworden, dass sich ein Großteil der kreisangehörigen Kommunen aktuell, also 2021 und 2022 nur mit Hilfe der fiktiven Covid-19 Isolierung sowie der Kompensation der Gewerbesteuermindereinnahme über Wasser halten können; die Prognosen ab dem Jahr 2023 aber vielfach sehr negativ sind.

Im Hinblick auf die anstehende Landtagswahl im Mai 2022 ist es geboten abzuwarten, ob von Landesseite Veränderungen in der Grundfinanzierung der Kommunen oder ein veränderter Umgang mit der Covid-19 Berechnung zu erwarten sind. Auch aus diesem Grund können wir alle - Städte wie Kreis - auf den sicher einzubringenden Nachtragshaushalt im nächsten Jahr gespannt sein!

Dennoch warten wir hier keine landesseitigen Veränderungen ab, sondern haben uns als Kooperation mit der schwierigen Situation der kreisangehörigen Städte intensiv auseinandergesetzt. Wir sehen die Notwendigkeit, dass der Kreis bei den Kommunen im

³ Vorlagen Nr. 10/020/2021, S. 11, erster Absatz

Rahmen dieses Doppelhaushaltes für weitere Entlastung sorgen sollte. In diese Richtung zielt unser in den Kreisausschuss gemeinsam eingebrachter Haushaltsantrag.

Erstens soll die Kreisverwaltung auch für das Jahr 2023 Covid-19 Isolierungen im Haushalt - wo immer es geht - vornehmen. Dafür nutzen wir eine aktuelle landesgesetzliche Veränderung.

Zweitens wird die Verwaltung aufgefordert, genau diese Covid-19 Isolierung auch noch in den Jahresabschluss 2020 einzuarbeiten; was bislang durch die Verwaltung so nicht beabsichtigt war - jetzt aber äußerst sinnvoll erscheint! Dies wird zu einer zusätzlichen Entlastung führen, denn die entsprechenden Gelder werden an die Kreisangehörigen Städte wieder rückgeführt werden. Im Plan befindet sich bereits eine Summe von 8,5 Mio. € als Überschuss des Jahres 2020; diese wird dann entsprechend größer ausfallen können!

Auch an dieser Stelle möchte ich auf das Thema Generationengerechtigkeit eingehen: Insgesamt müssen wir sehen, wie es bei der Entwicklung der Covid-19 bedingten Aufwendungen bzw. der Isolierung weitergehen wird bzw. wie lange diese noch anfallen werden. Wir werden voraussichtlich im Jahr 2024 eine Entscheidung darüber fällen, über welchen Zeitraum der Kreis Mettmann diese Covid-19 bezogenen Mehrkosten ausgleichen wird. Möglich sind nach aktueller Gesetzeslage bis zu 50 Jahre! Es ist klare Haltung meiner Fraktion, dass wir diese zusätzliche Kostenbürde den nachkommenden Generationen nicht auch noch aufgeben wollen, so dass wir den bislang von der Verwaltung vertretenen Weg einer Abschreibung auf 5 Jahre als gangbar ansehen. Wir freuen uns dazu über die Stellungnahme der IHK zum Haushaltsplanentwurf 2022/2023, welche formuliert: „Die IHK kann diesem Ansatz zustimmen, weil - erstens - der Zeitraum mit zusätzlichen Belastungen überschaubar bleibt und - zweitens - eine generationengerechte Lastverteilung gewährleistet ist“⁴. Eine Entscheidung dazu, ich sage es noch einmal, fällen wir aber nicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt.

Wir sollten zu dieser Thematik einen größtmöglichen Schulterschluss mit den kreisangehörigen Kommunen vorbereiten und uns nach Möglichkeit auf gemeinsame Wege zur Covid-19 Abschreibung verständigen!

Ich nähere mich dem Ende dieser Rede.

Dabei ein Hinweis in eigener Sache: diese Rede ist, vielleicht haben Sie es gemerkt, geschlechtersensibel bzw. geschlechterneutral aufgebaut! Denn alle Menschen, egal welchen Geschlechtes, sollen sich von dieser Rede angesprochen fühlen! Sehen Sie dies bitte als einen kleinen Beitrag zu **SDG 5 Geschlechtergleichheit** an.

Im Namen meiner Fraktion bedanke ich mich bei allen beteiligten Personen der Kreisverwaltung für die Erstellung des zweijährigen Haushaltsplanentwurfs. Unser besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei um Herrn Richter und Herrn Schölzel.

Lieber Herr Richter, Ihnen wünschen wir, dass es Momente im nächsten Jahr geben wird, wo Sie Ihre Entscheidung des vorzeitigen Ausstieges beim Kreis Mettmann bedauern werden! Aber wenn es nur Momente sind, dann - so bin ich überzeugt - haben Sie für sich alles richtig gemacht. Wir wünschen Ihnen alles Gute für die Zukunft!

⁴ Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf zum Haushaltsplanentwurf des Kreises Mettmann für die Jahre 2022/2023, S. 2, zweiter Absatz

Wir bedanken uns zudem bei den Mitarbeitenden des Kreistagsbüros, insbesondere Frau Dey, Herrn Hüsgen und Herrn Schlüter für hohe Erreichbarkeit, maximale Flexibilität und Professionalität.

Ich danke für eure und Ihre Aufmerksamkeit.

Rede der FDP-Kreistagsfraktion zum Doppelhaushalt 2022/23

Sehr geehrter Herr Landrat,

sehr geehrter Herr Kreisdirektor und Kämmerer,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

der traditionelle Dank an die Verwaltung für die Arbeit bei der Erstellung des Entwurfes des Doppelhaushalts 2022/2023 gilt auch in diesem Jahr vorrangig dem Kämmerer und Kreisdirektor, Herrn Richter, sowie dem Kämmereileiter, Herrn Schölzel und seinem Team. Nicht vergessen möchte ich aber die Mannschaft des Kreistagsbüros unter der bewährten Leitung von Martin Schlüter, deren Einsatz gerade in den letzten Tagen und Wochen besonders gefragt war. Zugleich möchte ich betonen, Herr Landrat Hendele, dass sich die FDP-Kreistagsfraktion selbstverständlich auch bei Ihnen und bei den Mitarbeitern des Hauses bedankt, die sich trotz der erheblichen zusätzlichen Belastungen durch die nun seit fast zwei Jahren andauernde Pandemie für die Belange der Bürger des Kreises Mettmann einsetzen. Wir wissen es als FDP-Fraktion zu wertschätzen, dass sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses durch die Aufgaben in der Pandemiebekämpfung und der damit verbundenen coronabedingten Beschränkungen bis an die Grenzen der Belastbarkeit gehen mussten und durch die gerade grassierende vierte Welle weiterhin müssen.

Bevor ich jetzt aber auf den Doppelhaushalt 2022/2023 mit seinen besonderen Vorzeichen und veränderten Rahmenbedingungen näher eingehe, möchte ich einen besonderen Dank aussprechen. Er gilt demjenigen, der in den letzten Jahren federführend für die Erstellung der Haushaltspäne des Kreises Mettmann verantwortlich war. Ich meine selbstverständlich Herrn Kreisdirektor Martin Richter.

Sehr geehrter Herr Kreisdirektor, lieber Martin,

Du hast in Deiner Funktion als Kreisdirektor und Kämmerer 13 Haushalte (inclusive der Nachträge 2011, 2012 und 2021) aufgestellt. Dies ist jetzt Dein letzter Haushalt, der heute wohl vom Kreistag verabschiedet wird. Wie ich Dich kenne, wird es Dir nicht leichtfallen, nach vielen Jahren als Kreisdirektor und Kämmerer in ein paar Tagen aus dem Amt zu scheiden. Andererseits bin ich mir sicher, dass Du einen klaren Plan hast, wie es im Ruhestand weitergehen soll. Genügend Hobbys und Interessen hast Du ja, wie ich weiß. Zudem wird Dich Thekla sicherlich auf Trapp halten. Mehr möchte ich von dieser Stelle nicht sagen.

Als FDP-Fraktionsvorsitzender darf ich im Namen der gesamten Fraktion sagen, dass wir Dich als wichtigen Ratgeber sehr vermissen werden. Deinen großen Auftritt hattest Du insbesondere bei unseren internen Haushaltsplanberatungen. Da hast Du uns beispielsweise umfassend über die Eckdaten des Haushaltspanentwurfes, Deine genaue Bewertung des umfassenden Zahlenmaterials und über die politische Einordnung für etwaige Anträge informiert. Du gingst keiner Frage aus dem Weg und wenn Du mal eine Frage zum Haushalt nicht direkt beantworten konntest – was recht selten vorkam – hast Du wenige Tage später die Antwort auf schriftlichem Wege geliefert. Bei einigen Fragen während der Klausuren hast Du angekündigt, dass Du sie in ein, zwei Sätzen direkt beantworten könntest – das dauerte aber meist dann doch etwas länger.....

Wir Mitglieder in der FDP-Kreistagsfraktion bedauern Dein Ausscheiden sehr, wünsche Dir aber für Deinen neuen Lebensabschnitt alles erdenklich Gute. Du wirst in der Verwaltung und im Kreistag eine große Lücke hinterlassen. Du hast das Amt als Kreisdirektor und Kämmerer in Deiner ureigenen Art und besonderen Persönlichkeit unnachahmlich

geprägt.

Meine Damen und Herren,
wie bereits Landrat Hendele bei der Einbringung des Doppelhaushalts deutlich machte, liegt der Kreis Mettmann mit einer Steuerkraft von 1,3 Milliarden Euro nach den Großstädten Köln und Düsseldorf an dritter Stelle in NRW und rund 536 Millionen Euro über dem nächsten Kreis in NRW. Dies ist nicht nur auf die Gewerbesteuererstattung des Bundes zurückzuführen, sondern zeigt auf, wie robust die wirtschaftliche Struktur in unserem Kreis ist. Zugleich spiegelt sich darin wider, dass die Unternehmen trotz der Erschwernisse der Pandemie eine überraschend erfolgreiche Entwicklung genommen haben. Natürlich gibt es Bereiche, die hart getroffen wurden - zu nennen sind hier insbesondere die Gastronomie, die Eventbranche bis hin zu touristischen Anbietern, die sowohl für die Betriebe als auch für die Beschäftigten enorme Auswirkungen hatten. Ich verweise auf die großen Klagen aus Gastronomie und Tourismus gerade in den letzten Tagen, da sie aufgrund der verschärften Epidemie-Regelungen um ihr existentiell wichtiges Weihnachtsgeschäft fürchten. Es gibt aber auch Branchen, die bisher gut durch die Epidemie gekommen sind und somit zur wirtschaftlichen Stärke des Kreises beigetragen haben.

Meine Damen und Herren,

kurz zu den Eckdaten des Doppelhaushaltes 2022/2023:

Dem Entwurf des zweijährigen Haushaltes liegen erneut gestiegene Umlagegrundlagen zugrunde: Demnach steigt die Gesamtsumme für den Kreis Mettmann von rund 1,357 Mrd. um ca. 24 Mill. auf insgesamt 1,381 Mrd. Euro. Der für die kreisangehörigen Städte so wichtige Kreisumlagehebesatz für das Jahr 2022 konnte um 0,26 % P. auf 28,21% gesenkt werden. Für das Jahr 2023 ergibt sich eine Hebesatzreduzierung um 0,42% P. auf 32,72%.

Eingerechnet ist dabei bereits die Entnahme von 15,6 Mill. Euro aus der Ausgleichsrücklage, damit der fiktive Haushaltsausgleich für 2022 erreicht werden kann. Damit gibt der Kreis seine Jahresüberschüsse wieder zeitnah und komplett über die Ausschüttung von Mitteln der Ausgleichsrücklage umlageentlastend an die kreisangehörigen Kommunen zurück.

Blicken wir auf das Jahr 2023. Das wird voraussichtlich ein finanziell schwierigeres Jahr für den Kreis und die kreisangehörigen Gemeinden. Der Kreisumlagehebesatz steigt dann auf etwa 33 Prozentpunkte. Aufgrund des voraussichtlichen Wegfalls der Gewerbesteuerkompensationsleistungen sowie der Abrechnungsbeträge aus dem Einheitslastenabrechnungsgesetz rechnet der Kreis ab dem Jahr 2023 mit deutlich niedrigeren Umlagegrundlagen. Für das Jahr 2023 steht planmäßig keine Ausgleichsrücklage mehr zum fiktiven Haushaltsausgleich zur Verfügung.

Im Gegensatz zur bisherigen Annahme bei Erstellung des Haushaltsplanentwurfes wird es voraussichtlich auch für 2023 die Möglichkeit geben, die pandemiebedingten Haushaltsbelastungen zu isolieren (Bilanzierungshilfe). Dies wäre im Sinne der kreisangehörigen Kommunen, denn die Bildung der Bilanzierungshilfe könnte zu einer Dämpfung des Anwachsens der Kreisumlage führen. Wir müssen uns trotz der Bilanzierungshilfe darüber im Klaren bleiben, dass ab 2025 die Erstattung anfällt. Entweder wird der voraussichtliche Millionenbetrag erfolgsneutral gegen das Eigenkapital ausgebucht oder über einen Zeitraum von längstens 50 Jahren bilanziell abgeschrieben. Der Kämmerer hat sich für die Lösung entschieden, die Bilanzierungshilfe als ergebniswirksame Belastung zwischen 2025 und 2029 abzuschreiben. Damit weiß er nach ihrer aktuellen Stellungnahme auch die IHK auf seiner Seite. Da eine diesbezügliche Entscheidung erst im Jahr 2024

ansteht, wird die FDP-Fraktion bis dahin die Sachlage kritisch prüfen und dabei auch die Interessen der kreisangehörigen Kommunen berücksichtigen.

Lassen Sie mich bitte darauf hinweisen, dass der Doppelhaushalt unter der Prämisse aufgestellt wurde, dass der Hebesatz der Landschaftsumlage Rheinland, wie von der Verwaltung bei der Einbringung vorgeschlagen, auf 15,2 Prozent festgesetzt wird. Nun deutet sich an, dass die CDU/SPD-Koalition in der Landschaftsversammlung eine Erhöhung des Hebesatzes um 0,2 auf 15,4 Prozent plant. Da kann eine spürbare zusätzliche Belastung auf den Kreis Mettmann zukommen. Die FDP-Fraktion in der Landschaftsversammlung lehnt eine Anhebung des Hebesatzes über die von der Verwaltung vorgeschlagenen 15,2 Prozent hinaus ab und hat deutlich gemacht, dass dies eine Abkehr von allen bisherigen Gepflogenheiten sei und auch ein Vertrauensbruch gegenüber den Mitgliedskörperschaften – wie halt dem Kreis Mettmann – die sich bei Einbringung und teilweise Verabschiedung ihrer Haushalte auf den Verwaltungsentwurf und die Anhörung im Benehmensverfahren verlassen haben.

Apropos Benehmensverfahren: Einer der großen Kritikpunkte im Benehmensverfahren der Kämmerer unserer kreisangehörigen Städte zum Doppelaushalt 2022/2023 des Kreises war die Höhe der freiwilligen Aufwendungen und des Personalaufwandes. Diese Positionen stehen schon seit Jahren im Fokus der kreisangehörigen Kommunen. Auch die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass es weiterhin einer Begrenzung der Personalaufwendungen auf das Notwendigste bedarf. Wir erkennen aber die Bemühungen der Verwaltung an, in den Jahren 2022 und 2023 Stellen einzusparen, obwohl im Rahmen der Aufstellung des Stellenplanes ein erheblicher Mehrbedarf seitens der Fachämter angemeldet wurde.

Mit der vor mehreren Jahren von FDP und CDU eingeführten Personalkostenbudgetierung auf Dezernatsebene sowie dem Personalkostencontrolling verfügen wir über einen Instrumentenkasten, der sich seit Jahren bewährt und zu erheblichen Einsparungen auf dem Personalkostensektor geführt hat.

Wir unterstützen zudem die Bemühungen, neben möglichen Einsparungen im Personalkostenbudget, die sich aus den Beratungen zum Haushalt ergeben haben, die Verwaltung zu beauftragen, ein Optimierungskonzept hinsichtlich der Personalkosten bis zum dritten Quartal 2022 zu erarbeiten.

Was mich und meine Fraktionskollegen diesmal besonders freut, ist die Tatsache, dass unser neuer Kooperationspartner BÜNDNIS 90/Grünen bei unserem Anliegen Personalkostenbewirtschaftung auf den Zug aufgesprungen ist. Das war in der Vergangenheit bei diesem Thema oft ganz anders. Da kann ich nur sagen – „Willkommen im Club.“

Zustimmung findet von der FDP-Fraktion auch der Vorschlag der Verwaltung, keinen globalen Minderaufwand in der Haushaltssatzung für die Jahre 2022 und 2023 zu verankern.

Klimaschutz

Was in der JAMAICA-Kooperation ein besonderes Thema ist und auch durch mehrere **gemeinsame** Anträge dokumentiert wird, sind die Themen Umwelt und Klimaschutz. Ich werde nun nicht die durch die Fachausschüsse bekannten Anträge nochmals wiederholen, möchte aber eine kurze generelle Anmerkung zum Klimaschutz machen:

Mit großem Interesse haben wir die Ankündigung des Landrats in seiner Rede zur Einbringung des Doppelhaushalts

vernommen, dass das Tempo bei der Umsetzung des Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzeptes deutlich erhöht werden muss. Das ist zweifellos ein ambitioniertes Vorhaben. Das vom Kreistag 2018 einstimmig verabschiedete Integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept umfasst einen Umsetzungszeitraum von zehn Jahren und beschreibt insgesamt 55 Maßnahmen. Wie wir aus diesem Umsetzungsprozess dank der ausführlichen Vorlagen der Verwaltung und der sehr transparent begleitenden Beratungen des Klimabeirats wissen, stößt die Umsetzung vieler Maßnahmen auf erhebliche Schwierigkeiten. Oft sind dabei fehlende Kapazitäten in den verantwortlichen Fachämtern der Kreisverwaltung, wie beispielsweise der Bau- und Liegenschaftsverwaltung, ursächlich. Aber auch die Abstimmungsprozesse insbesondere mit den kreisangehörigen Städten und den vielen anderen externen Akteuren im Klimaschutz erfordern vielfach einen langen Atem und viel Aufwand. Letztendlich ist auch immer die Frage einer möglichen Förderschädlichkeit von Kreisaktivitäten zu bedenken.

So ist es nicht verwunderlich, dass es bisher trotz aller guten Ideen nur vereinzelt gelungen ist, die bereitgestellten Haushaltsmittel innerhalb vertretbarer Zeiten abzurufen. Bereits jetzt stehen nach Angaben des Landrats 3,5 Mill. Euro zur Verfügung. Diese beachtliche Summe wird in den nächsten beiden Haushaltsjahren anwachsen. Wir als FDP-Fraktion unterstützen die Bereitstellung der erforderlichen Mittel für die Klimaschutzausgaben. Wir sind gleichwohl sehr gespannt, ob der Versuch, den Bereich „Stabsstelle Klimaschutz“ auch um einen Umsetzungsbereich zu ergänzen - verbunden mit der Schaffung nicht unerheblicher zusätzlicher personeller Ressourcen, wie es wohl die GRÜNEN gerne hätten – im Sinne

der Ankündigung des Landrats von Erfolg gekrönt sein wird.

Die FDP-Fraktion wird diesen Prozess konstruktiv begleiten. Ich verweise aber darauf, dass wegen der Ansammlung von weiteren, den kreisangehörigen Städten abzufordernden Haushaltsmitteln, dies alles von der FDP-Fraktion mit der gebotenen kritischen Betrachtung verfolgt wird.

Zu diesem Thema möchte ich anmerken: Nicht alles was wünschbar ist, ist auch machbar. Warten wir es ab.

Kreisjugendrat

Es war vor gut zwei Jahren die FDP-Kreistagsfraktion, die als erste Fraktion im Kreistag die Einrichtung eines Kreisjugendrates beantragte und eine Mehrheit dafür fand. Wir freuen uns, dass der Kreisjugendrat sich mittlerweile konstituiert hat und bereits aktiv als das von den jungen Leuten gewählte Gremium arbeitet und mit gescheiterten Initiativen aufwartet. Dass der übrigens einzige Kreisjugendrat in NRW nun nicht nur die offiziell gewählten Delegierten, sondern auch die Stellvertreter direkt in seine Arbeit einbinden möchte, wird von der FDP-Fraktion unterstützt. Das haben wir auch im letzten Kreisausschuss durch unser Stimmverhalten deutlich gemacht, wobei sich sicherlich die Frage stellt, ob mit größeren Gremien die Arbeit wirklich effizient zu gestalten ist. Wir wollen den Kreisjugendrat selbst entscheiden lassen, wie er sich organisiert. Diese Freiheit nehmen wir uns, auch wenn wir wissen, dass dies nicht bei allen Fraktionen – auch innerhalb der Kooperation – so gesehen wird.

Meine Damen und Herren,

gerade in dieser schwierigen Zeit der Pandemie und nicht einfacher finanzieller Rahmenbedingungen ist es unseres Erachtens dem Kreis gelungen, seinen Konsolidierungskurs

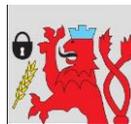
weiterhin fortzusetzen. Der Haushaltsplan des Doppelhaushalts weist in die richtige Richtung. Deshalb wird die FDP-Kreistagsfraktion dem Haushalt zustimmen.

Bevor ich meine Haushaltsrede schließe, möchte ich es nicht versäumen, unserem neu gewählten Kreisdirektor Herrn Gilbert und dem neu gewählten Kreis-Kämmerer Herrn Schölzel namens der FDP-Kreistagsfraktion zu ihrer Wahl recht herzlich zu gratulieren und beiden eine glückliche Hand für Ihre anspruchsvollen und verantwortungsvollen Aufgaben zu wünschen. Wir freuen uns auf eine vertrauensvolle gute Zusammenarbeit.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Klaus Müller

FDP-Kreistagsfraktionsvorsitzender



Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden am 13.12.2021

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste und Presse, hier und an den Bildschirmen,

dies ist bekanntlich eine Premiere.

Ich stehe hier als Fraktionsvorsitzender der Alternative für Deutschland vor Ihnen und nehme Stellung zu dem vorliegenden Entwurf des Haushaltsplanes für die kommenden zwei Jahre.

Gestatten Sie mir zuvor eine persönliche Bemerkung, auch im Namen meiner Fraktion: Wir möchten uns ausdrücklich bei Ihnen dafür bedanken, dass wir in diesem Gremium besser behandelt werden, als wir es erwartet hatten. Zwar sind wir noch nicht bei einer vertrauensvollen Zusammenarbeit angekommen, aber ich sehe in diesem Punkt gute Fortschritte, indem erkannt wird, dass wir jederzeit bereit sind, vernünftige Sacharbeit zu leisten.

Die Gemeinsamkeiten hören allerdings dann schnell auf, wenn wir zum Thema des heutigen Tages kommen: Nämlich dem Haushalt. Ein „weiter so“ ist mit uns nicht zu machen.

„Die Kommunen sind die letzten in der Nahrungskette“, so lautet ein Zitat der Kämmerin des LVR. So ist es! Und deshalb müssen wir gegenüber diesen Schwächsten unsere besondere Rücksichtnahme walten lassen. Wer kennt nicht als Vertreter in den örtlichen Räten die Beschwerden über erhöhte Grundsteuern oder die Schließung von Freizeiteinrichtungen, die die Gemeinde wirtschaftlich einfach nicht mehr stemmen kann.

Sicher ist richtig, dass die Landschaftsumlage einen großen Teil der Ausgaben des Kreises ausmacht. Also: Schimpfen wir gemeinsam auf den bösen LVR, der in dieser Woche die Umlage sogar noch erhöhen will. Nur - und das sollten alle wissen: Diese Erhöhung hat nicht etwa die Verwaltung des LVR initiiert, sondern die dort herrschende große Koalition, bestehend aus CDU und SPD hat am 3.12. diesen Antrag gestellt und wird ihn rücksichtslos durchpeitschen. Alle Zuschauer an ihren Endgeräten sollten abspeichern, welche beiden Altparteien für ihre nächste Grund- oder Gewerbesteuererhöhung verantwortlich sind. Und deshalb wollen wir – die Alternative für Deutschland - hier und heute keine Krokodilstränen von den Vertretern dieser beiden Parteien sehen. -- Es waren Ihre Leute, die uns in den Abgrund stürzen!

Abgesehen davon hat der Kreis Mettmann ein großes Ausgabenproblem. Woran liegt das? Die Situation wäre eine gänzlich andere, wenn wir den Kreishaushalt so gestalten würden wie unseren eigenen privaten Haushalt. Da gehen wir von den – meistens - feststehenden Einnahmen aus und entscheiden dann mit der Mentalität einer schwäbischen Hausfrau, was davon ausgegeben werden kann. Beim Kreis hingegen beginnt die Betrachtung – nach der Landschaftsumlage - bei den für wünschenswert gehaltenen Ausgaben und setzt dann die zur Deckung erforderliche Kreisumlage fest. Wir verkennen nicht, dass die Kreisverwaltung bemüht ist, die Gemeinden nicht über Gebühr zu strapazieren. Dies gelingt aber jedenfalls ab den Jahren 2023 nicht. Deswegen hätten wir uns gewünscht, dass die Kreisumlage gedeckelt und festgeschrieben wird. Dies wäre ein feststehender, für alle Beteiligten und insbesondere auch für die Kommunen ein sicherer Anhaltspunkt, an dem sich alle Betroffenen orientieren könnten. Leider fand dieser sinnvolle Antrag bei Ihnen keine Mehrheit. Daher sehe ich nach wie vor die Gefahr, dass die Ausgaben die Einnahmen bestimmen und dass deswegen am Ende die Gemeinden stärker belastet werden als dies eigentlich sachlich erforderlich wäre. Meine Damen und Herren: Wir müssen alle gemeinsam den Gürtel enger schnallen und zwar sollten wir das Loch treffen, das wir alle auch unseren Gemeinden abverlangen. Die Situation in den Gemeinden ist ihnen allen hinlänglich bekannt.

Jetzt gilt es nur noch, dem bei der Gestaltung des Kreishaushaltes Rechnung in der Weise zu tragen, dass die Ausgaben auf das nötigste beschränkt werden.

Wir schließen uns insbesondere der Anregung der Industrie- und Handelskammer an, (ich zitiere)

„im Zusammenhang mit der vorgesehenen Aufgabenkritik in die Verwaltung konsequent Personaleinsparpotenziale aufzudecken und umzusetzen“.

(Zitat Ende)

Wir verstehen uns als Anwalt der Kommunen und ich hoffe sehr darauf, dass der eine oder andere von ihnen, der auch in einer Kommune in der Verantwortung steht, unsere Sichtweise übernimmt, auch wenn dies vielleicht erst bei den nächsten Haushaltsplanberatungen der Fall sein wird. Hier und heute können wir aus den genannten Gründen den vorgelegten Haushaltsplanentwurf nur ablehnen. Wir möchten allerdings dem Kämmerer, Herrn Kreisdirektor Richter, für seine Unterstützung bei unseren Beratungen recht herzlich danken. Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich für die Aufmerksamkeit.

Rudolf Joseph

Rede Kreistagssitzung 13.12.2021

(Wortmeldung zum Doppelhaushalt der FDP-Fraktion zu Protokoll)

Sehr geehrter Herr Landrat Hendele, sehr geehrter Herr Kreisdirektor Richter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Klaus Müller, unser Fraktionsvorsitzender, lässt sich entschuldigen, er fällt unerwartet aus und kann leider nicht an dieser Sitzung teilnehmen.

Herr Müller hat für die FDP-Fraktion eine Haushaltsrede vorbereitet, die wir zu Protokoll geben.

Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich die Rede von Herrn Müller nicht vortrage.

Ich erlaube mir für unsere Fraktion ein kurzes Statement zum Doppelhaushalt abzugeben.

Grundsätzlich ist den Freien Demokraten auf Kreisebene wichtig, keine neuen Aufgaben und Ausgaben zu erfinden, die elementare Aufgaben der zum Kreis gehörenden Gemeinden sind!

Wir freuen uns über die Einsparungen im Bereich des Personalkostenbudgets und daraus resultierend eine Verbesserung des Haushalts um knapp zwei Millionen Euro und das, obwohl es einen Mehrbedarf an Stellen gibt.

Ein Optimierungs-Konzept im Bereich der Personalkosten, welches von der Verwaltung bis zum dritten Quartal 2022 erarbeitet wird, ist hierbei sicherlich hilfreich.

Dass die Kreisumlage nach heutiger Lesart *insgesamt* geringer ausfallen wird, als im Entwurf veranschlagt, ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Bei der Umsetzung des Klimaschutzes brauchen wir ein deutlich höheres Tempo.

Das vom Kreistag 2018 beschlossene integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept mit 55 Maßnahmen innerhalb von 10 Jahren ist ein ambitioniertes Ziel.

Über den Weg dorthin wird noch zu beraten sein, da es dazu verschiedene Ansichten und Ansätze gibt.

Leider wird zur Zeit von den bereitgestellten Mitteln für den Klimaschutz im Kreis nur wenig abgerufen.

Bei der Mobilität fordert die FDP weiter konsistent in alle Richtungen zu investieren und zu optimieren.

Die Idee des Kreisjugendrats, nun nicht nur die offiziell gewählten Delegierten, sondern auch deren Stellvertreter direkt in die Arbeit des Kreisjugendrats einzubinden, wird von der FDP-Fraktion unterstützt.

Ein erweitertes Angebot an den Berufsschulen des Kreises mit den Schwerpunkten für die pharmazeutische Industrie, Biologie und Biotechnologie wäre aus Sicht der Freien Demokraten eine kluge Weiterentwicklung und wünschenswert.

Die Corona-Pandemie hat uns alle vor große Herausforderungen gestellt. Wir danken der Kreisverwaltung herzlich für alles was sie bei der Bekämpfung der Pandemie in den zurückliegenden zwei Jahren Außergewöhnliches geleistet hat.

Bei den bleibenden Corona-Schäden und dem Umgang damit, der uns ab 2024 intensiv beschäftigen wird, favorisieren die Freien Demokraten im Kreistag eine kostenneutrale Lösung für die kreisangehörigen Städte.

Entscheiden ist für die FDP, dass wir in der Zukunft den Mut haben intelligent zu investieren und die Ausgabenseite des Haushalts kritisch im Blick halten!! Wir stimmen dem Haushalt zu!

Herzlich bedanken möchte ich mich im Namen der FDP auch für die geleistete Arbeit der Verwaltung bei der Erstellung des Doppel-Haushalts.

Ein besonderer Dank geht an Herrn Kreisdirektor Richter, der uns maßgeblich und in einer erfrischenden Weise bei unserer HH-Beratung unterstützt hat. Wir bedauern sein Ausscheiden sehr, wünschen ihm aber für seinen nächsten Lebensabschnitt von Herzen alles Gute!

Nicht versäumen möchte ich, unserem neu gewählten Kreisdirektor, Herrn Gilbert und dem neu gewählten Kreis-Kämmerer, Herrn Schölzel, namens der FDP-Kreistagsfraktion zur Wahl recht herzlich zu gratulieren und beiden eine glückliche Hand für ihre anspruchsvollen und verantwortungsvollen Aufgaben zu wünschen.

Wir freuen uns auf eine vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit.

Wir bedanken uns auch bei allen Kooperations-Partnern für die gute Zusammenarbeit und stets angenehme Atmosphäre.

Im Namen der FDP-Fraktion wünschen ich Ihnen allen eine schöne Advents- und Weihnachtszeit, sowie ein gesundes Jahr 2022.

Vielen Dank!

Rudolf Joseph

Kreistagsabgeordneter

stv. Fraktionsvorsitzender der FDP